

Ein paar Gedanken zur Paneldiskussion an der Tagung zum Welternährungstag
2020, 16. Oktober 2020, Bern

Bauernrechte in den Mühlen der Wertschöpfungskette

Zur Leitfrage «Wie können die [an der Tagung] vorgestellten Initiativen und Projekte dank UNDROP (The United Nations Declaration on the Rights of Peasants) Alltag werden?

Food Sovereignty: The Alternative to Global Value Chains?

mit Henk Hobbelink (GRAIN), Johanna Herrigel (WIDE und UHZ), Silvie Lang (Public Eye), Geneviève Savigny (La Via Campesina), Ana-Maria Suarez (FIAN intl)

Moderation Tina Goethe, Brot für alle

Henk Hobbelink plädierte dafür, die globalen, durch wenige multinationale Konzerne beherrschten linearen Nahrungsmittelverarbeitungsketten durch lokale bzw. regionale Netze zu ersetzen, welche die Bauern als Lebensmittelproduzenten direkter mit den Konsumenten verbinden.

Geneviève Savigny von La Via Campesina hob hervor, dass diese Re-Nationalisierung und Re-Regionalisierung ganz den Zielen der Ernährungssouveränität entspreche. Die Nähe von Produzenten und Konsumenten ist der beste Garant für Ernährungssicherheit. Wir brauchen kein globales Informationssystem mit 4.0, das in den Händen global tätiger privater multinationaler Konzerne liegt, die dann nicht nur die Marktmacht sondern auch die Informationsmacht an sich reißen und ein Ernährungssystem nach industriellem Zuschnitt beherrschen wollen. Als Lösungen appellierte Savigny an den klaren politischen Willen, an dieser Front gegen das Überhandnehmen einer global industrialisierten Landwirtschaft den Kampf zu führen und die bäuerliche Landwirtschaft gegen diesen Übergriff zu verteidigen.

Ana-Maria Suarez, FIAN international, Vertreterin der Menschenrechtsorganisation für eine sichere gesunde Ernährung, beanstandete, dass nicht mehr von «Ernährungssicherheit» wie bisher sondern neu von «Ernährungssystemen» gesprochen werde. Auch sie plädiert für lokale Ernährungsversorgung anstatt der fortschreitenden Globalisierung der Agrarmärkte. Dabei kam sie auch auf das globale herrschende Finanzsystem zu sprechen und die unlösbaren Konflikte der Eigentumskonzentration. In der Produktionssphäre müssten die Bauern kostendeckende Preise erhalten.

Sylvie Lang, Public Eye, knüpfte bei den Feststellungen von Ana-Maria Suarez an, dass von der gesamten weltweiten Nahrungsmittelproduktion bislang lediglich 30% über den globalen Agrarhandel gemittelt werden. Der globale Agrarhandel versuche auch in die restlichen 70 Prozent der noch regional und lokal geprägten Märkte einzudringen. Welche Dynamik hier im Gange ist, lässt sich daran messen, dass bereits mehr als die Hälfte des globalen Agrarhandels der industriell verarbeiteten Produkte über globale Nahrungsmittelkonzerne, welche in der Schweiz ansässig sind, abgewickelt wird.

Johanna Herrigel verlangt demokratischere, gerechtere und ökologischere Ernährungssysteme, die sich der Ernährungssouveränität und der Agrarökologie verpflichten. Ein globales Informationssystem von der Nahrungsmittelproduktion zur Verarbeitung und Lenkung der Warenflüsse bis zum Absatz an der Verkaufsfrent ist nicht das, was sie unter 'Transformation des Ernährungssystems' anstrebt. Andererseits scheine die Preisvolatilität auf lokalen Märkten die Vertragsproduktion internationaler Lieferketten zu begünstigen.

*

Bei den aufgeworfenen Fragen und den Rufen nach Lösungen war nicht ganz klar, ob nun die Schweizer Bauern zu den globalen Agrarmultis oder zu den ums Überleben kämpfenden Familienbetrieben gezählt werden. Eine Klärung dieser Frage ist deshalb im Hinblick auf die Agrarpolitik 22+ dringend notwendig. Gehen wir deshalb zurück zum Weltagrарbericht von 2012. Dieser hat klar unterstrichen, dass der Familienbetrieb und die Lebensmittelversorgung aus den eigenen regionalen und nationalen Lebensräumen Grundlage der Ernährungssicherheit ist. Aktuell versuchen die multinationalen Konzerne mit der WTO und der FAO ein globales Ernährungssystem mit Hilfe von Industrie 4.0 zu installieren und die nationalen Agrarpolitiken in diese globale Initiative der globalen Konzerne aufzulösen.

Man bekommt den Eindruck, dass die ideellen Organisationen aus den Industrieländern, die bisher die Industrialisierung der Landwirtschaft kritisiert haben, dieser neuen Entwicklung gegenüber eher ratlos dastehen und mit ihrer Initiative gegen die «Agrarlobby» sogar einen Akzent in die gleiche Richtung setzen. Denn die Bauern der Industrieländer haben den Weltagrарbericht von 2012 als Bekenntnis zum Familienbetrieb und zur nichtindustriellen Ernährungswirtschaft begrüsst und gehofft, die Gesellschaft erkenne diese Zusammenhänge und ziehe die notwendigen politökonomischen Konsequenzen.

Doch anstatt sich um die Umsetzung des Weltagrарberichtes zu bemühen und die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Abhängigkeit von der nach wie vor bestimmenden Wachstumswirtschaft besser zu schützen, haben 'grüne und linke' Parteien und Organisationen in den wohlhabenden Zentren ausgerechnet den Widerstand der bäuerlichen Landwirtschaft gegen den Umbau der nationalen Ernährungssicherheit zum globalisierten Ernährungssystem als «Agrarlobbyismus» bezeichnet. Als Lobbyismus werden also nicht die Bestrebungen für ein globales Ernährungssystem unter der Kontrolle privater Konzerne verstanden, welche den bisherigen nationalen Agrarschutz schwächen wollen, sondern als Agrarlobbyisten bezeichnet man ausgerechnet die Bauern, welche sich gegen die Schwächung des Agrarschutzes wehren und sich für das Verfassungsziel der Ernährungssicherheit im Interesse der Bevölkerung einsetzen.

Diese politische und ökonomische Fehleinschätzung der Schutzorganisationen hat ihren Grund nicht nur darin, dass es den Globalisierungsbefürwortern mit ihren Medien zunehmend gelingt, den naheliegenden Einsatz der Bauern trotz ihrer Unterbezahlung für eine produktive Landwirtschaft in die Nähe der wirtschaftlichen Interessen der Agrarkonzerne zu rücken, um in diesem 'falschen Bewusstsein' der bäuerlichen Landwirtschaft der Industrieländer ausgerechnet jene Umweltbelastungen vorzuwerfen, die ihr durch die WTO und durch den billigen Import aufgezwungen werden und wogegen sie sich mit dem Agrarschutz zu wehren versucht, solange es kostendeckende Marktpreise nicht gibt.

Das Motiv dieser Art der Landwirtschaftskritik der Freihandelsbefürworter liegt in der Reduktion des Agrarschutzes. Das Motiv der Parteien und Organisationen, welche Umweltfragen bewirtschaften, liegt in ihrem Bestreben, das menschliche Verhalten einer «Transformation» zu unterziehen, anstatt die wirtschaftlichen und finanzrechtlichen Regeln so zu ändern, dass ausgehend von den Ursachen der die Umwelt belastenden globalen Verschleisswirtschaft die Wirtschaft an die Bedürfnisse nach gesunder Ernährung und pfleglicher Behandlung der Naturgrundlage angepasst wird.

Mit cancel culture werden die spezifischen Gesellschaftskonflikte aus den ehemaligen Kolonialländern wie der Zugang der Indigenen zu Land gegen den kolonialen Grossgrundbesitz, — siehe die Auseinandersetzung in Bolivien zwischen Indigenen und ihrem ausser Landes getriebenen Präsidenten Evo Morales und der altkolonialen Oberschicht, — auf die Schweiz übertragen, um auch hier einen fehlenden oder erschwerten Zugang zu landwirtschaftlichen Liegenschaften zu beklagen und die Beseitigung (sic!) des Bäuerlichen Bodenrechts als Beitrag zur propagierten 'Transformation' zu fordern. Für eine nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung «aus den Städten» soll freier Zugang zum bereits mehr als knappen Landwirtschaftsland der bäuerlichen Familienbetriebe geschaffen werden. Dieses Beispiel zeigt, wie man das Recht der indigenen Bauern auf Zugang zu Land des kolonialen Grossgrundbesitzes tel quel auf unser Land, das sich seit der Aufhebung des Feudalismus in Bauernhand befindet, überträgt. Im Ergebnis liefern diese Vorschläge unsere bäuerliche Landwirtschaft nach aussen den Interessen der globalen Agrokonzerne aus und nach innen dem Immobiliendruck des City-State. Dazu haben auch 'dissidente' bäuerliche Organisationen beigetragen, welche durch ihre ständigen Abgrenzungsversuche von den nationalen Bauernverbänden Gegensätze innerhalb der Bauernschaft in unserem Land betonen, anstatt die Gleichartigkeit der Konflikte der bäuerlichen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und in den Industrieländern wie der Schweiz zur Grundlage des politischen Handelns zu machen.

Hans Bieri, SVIL 22. Oktober 2020